

Antrag	Datum:	12.12.2018
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft		
Vorsitzende der Fraktionen von CDU, DIE LINKE., Bündnis 90/Die Grünen, Rostocker Bund/Graue/Aufbruch 09, UFR Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
15.01.2019	Bau- und Planungsausschuss	Vorberatung
17.01.2019	Finanzausschuss	Vorberatung
22.01.2019	Hauptausschuss	Vorberatung
24.01.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	Vorberatung
30.01.2019	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, ab sofort und bis zum Inkrafttreten der entsprechenden landesgesetzlichen Regelungen auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zu verzichten und keine Bescheide mehr an betroffene Anlieger zu versenden.

Sachverhalt:

Die unterzeichnenden Fraktionen der Bürgerschaft begrüßen grundsätzlich die Ankündigung der Regierungsfractionen im Landtag Mecklenburg-Vorpommern zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge mit Wirkung zum 01.01.2020. Zu Recht wurden diese Beiträge als ungerecht und oftmals unverhältnismäßige Härte kritisiert. Wir sind der Ansicht, dass bereits ab sofort und bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Landesregelung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen verzichtet wird.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Deckung ergibt sich aus der gesetzlichen Lösung.

gez. Daniel Peters
CDU-Fraktion

gez. Eva-Maria Kröger
Fraktion DIE LINKE.

gez. Uwe Flachsmeyer
Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

gez. Dr. Sybille Bachmann
Fraktion Rostocker Bund/
Graue/Aufbruch 09

gez. Dr. Dr. Malte Philipp
Fraktion UFR/FDP

